

presse

Kritik von OAS und UNASUR muss ernst genommen werden

Zur erzwungenen Zwischenlandung des bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Wien erklärt der Sprecher des Gesprächskreises Lateinamerika der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Barthel:

Die an einige EU-Staaten gerichtete Forderung des Generalsekretärs der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), José Miguel Insulza, nach einer Erklärung weshalb sie der Maschine des Präsidenten Boliviens, Evo Morales, zunächst den Überflug verweigert haben, ist nachvollziehbar. Das Vorgehen, offenbar verursacht durch nicht zutreffende Hinweise, dass sich der ehemalige US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden an Bord befinde, entspricht nicht den internationalen Gepflogenheiten.

Auch die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Unasur (Union Südamerikanischer Nationen), wie sie von Ecuadors Staatschef Rafael Correa und seiner argentinischen Kollegin Cristina Fernández de Kirchner gefordert wird, ist daher nachvollziehbar.

Die Bundesregierung betont regelmäßig die strategische Partnerschaft auf Augenhöhe zwischen der EU und Lateinamerika. Deshalb muss auch sie sich dafür einsetzen, dass der Vorgang aufgeklärt wird und keine dauerhafte Belastung des europäisch-lateinamerikanischen Verhältnisses entsteht.